

## KONTINUITÄT UND POLITISCHER WECHSEL IN DER „TSCHECHOSLOWAKEI 1968“\*

Von *Stanislav J. Kirschbaum*

Nur wenige politische Entwicklungen haben soviel Interesse hervorgerufen und so viele ausländische Wissenschaftler zu ihrer Analyse<sup>1</sup> angeregt wie die Ereignisse des Jahres 1968 in der Tschechoslowakei. Das Interesse an diesen Entwicklungen war nicht nur akademischer Natur, sondern für manchen auch politischer Art: Günter Grass wies darauf hin, daß sie auch in großem Maße die Angelegenheit der europäischen Linken seien<sup>2</sup>. Schließlich war das Interesse, das die Welt der Tschechoslowakei im Jahre 1968 entgegenbrachte, wie es die Berichterstattung in Radio und Fernsehen bewies, auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Ereignisse wirklich nicht vorausschaubar gewesen waren. Aus diesem Grund waren sie, nach den Worten von Gordon Skilling, „startling events“<sup>3</sup>.

Aus der Literatur, die in den letzten Jahren erschienen ist, geht hervor, daß die meisten durch diese Ereignisse überrascht worden waren und sich deshalb hauptsächlich darauf konzentrierten, das, was in der Tschechoslowakei passierte und versprochen wurde, zu beschreiben. Einige dieser Analysen sind so ausgezeichnet wie die von Gordon Skilling<sup>4</sup> und sie deuten die Gründe für eine bessere Zukunft an, die die Tschechen und Slowaken hatten. Noch heute verkörpert das Jahr 1968 in den Jahreszeiten der Geschichte den Frühling nach dem kalten Winter der 20 stalinistischen Jahre.

Keine Entwicklung, wie überraschend und unerwartet sie auch sein mag, ist denkbar ohne Wurzeln in der vorausgegangenen Epoche. Dies ist kein Versuch, das Augenfällige zu sagen; andererseits ist es eine Tatsache, daß viele Analysen die Tschechoslowakei so betrachtet haben, als wäre sie im Jahre 1968 eine „tabula

\* Ich möchte den Herren Ladislav Nižňanský, Dr. Rudolf Urban und Dr. Walter Beringer herzlich danken für ihre Hilfe bei der Vorbereitung dieses Aufsatzes.

<sup>1</sup> Unter den ernsthaften Analysen finden wir folgende: Tigrid, Pavel: *Czechoslovakia: a Post-Mortem*. Survey 73 (Herbst 1969) 133—164 und 74—75 (Frühling 1970) 112—142. — Skilling, H. Gordon: *Czechoslovakia's Interrupted Revolution*. Canadian Slavonic Papers 10/4 (1968) 409—429. — Ders.: *Crisis and Change in Czechoslovakia*. International Journal 22/3 (1968) 456—467. — Lunghi, Hugh / Ello, P.: *Dubcek's Blueprint for Freedom*. London 1969. — Golan, Galia: *Reform Rule in Czechoslovakia 1968/9*. Cambridge 1972. — Svitak, Ivan: *The Czechoslovak Experiment: 1968—1969*. New York 1971. — Löbl, E. / Grünwald, L.: *Die intellektuelle Revolution*. Düsseldorf 1969. — Brown, A. H.: *Political Change in Czechoslovakia*. Government and Opposition 4/2 (1969) 169—194.

<sup>2</sup> Grass, Günter: *Czechoslovakia*. Survey 69 (1968) 3—6.

<sup>3</sup> Skilling: *Crisis and Change* 456.

<sup>4</sup> Ebeda und Ders.: *Czechoslovakia's Interrupted Revolution*. Ein Buch von Skilling über die Ereignisse vom Jahr 1968 soll in Kürze erscheinen.

rasa“ gewesen<sup>5</sup>. Kein Zweifel: viele Dinge waren neu und hinsichtlich der Natur des kommunistischen Systems auch ungewöhnlich, denn sie beinhalteten Versprechung und Drohung zugleich. Die Amtsenthebung von Novotný ist eine unerwartete Palastrevolution gewesen, die sehr schnell stattgefunden hat, und die Führerschaft von Dubček hat ein vollkommen neues Klima erzeugt. Dennoch haben beide, der Mensch und die Ereignisse, vorher eine Zeitspanne der Vorbereitung und Reifung mitgemacht. Es ist meine Absicht, die Ereignisse des Jahres 1968 als Teil eines Entwicklungsprozesses zu untersuchen und zu zeigen, daß sie in der Art, in der sie geschahen, auf diesen Prozeß zurückzuführen sind und daß sie sich in einigen Fällen aus dem Gewicht der Geschichte zusammensetzten. Obwohl kommunistische Regimes behaupten, eine neue Gesellschaft aufzubauen, sind sie weder fähig, die Überreste ihrer bürgerlichen Gesellschaft abzuschütteln, noch sind sie in der Lage, auf ihr Ziel hinzuarbeiten, ohne für die Methoden, die sie gebrauchen, zu zahlen. In dieser Hinsicht ist die Tschechoslowakei ein sehr prägnantes Beispiel<sup>6</sup>.

#### *Ein Wechsel im kommunistischen System*

Der erstaunlichste Wechsel in jenen kurzen 8 Monaten der Liberalisierung und Demokratisierung war der, daß der jugendliche slowakische Erste Sekretär der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) gewillt war, das diktatorische stalinistische System, das von den Sowjets in den Jahren 1948—1953 auf-erlegt worden war, abzubauen und es durch ein demokratischeres kommunistisches System zu ersetzen. Während die Sowjetisierung der Tschechoslowakei eine regel-rechte Revolution von oben war, antwortete der Liberalisierungsprozeß auf einen Druck, der von unten kam, besonders von den vermittelnden Schichten zwischen der kommunistischen Führung und der Bevölkerung.

Schon 1955—1956 hatte man die Notwendigkeit eines Wechsels empfunden, als die kommunistischen Intellektuellen begannen, eine „Kritik des Stalinismus“<sup>7</sup>

<sup>5</sup> 1968 schrieb Skilling schon: „Obwohl diese überraschenden Ereignisse nicht voraussehbar waren, waren die Kräfte, die sie erzeugt hatten, vorher deutlich sichtbar. Siehe: Crisis and Change 456. Trotzdem muß hervorgehoben werden, daß die meisten Analytiker, eingeschlossen Skilling, sich selbst auf eine Untersuchung der Ereignisse und der Ideen des Jahres 1968 beschränkten. Nur die neuesten Arbeiten haben versucht, diese Lücke auszufüllen. K u s i n, Vladimir: The Intellectual Origins of the Prague Spring. Cambridge 1971. — G o l a n, Galia: The Czechoslovak Reform Movement. Cambridge 1971.

<sup>6</sup> Bis jetzt gibt es nur einen Aufsatz, der zu zeigen versucht, wie die Kommunisten sich selber in der Dialektik ihrer eigenen Situation verfangen haben. Siehe T r i s k a, Jan F.: Czechoslovakia. A Case Study of Social and Political Development. In: T o m a, Peter A. (Hrsg.): The Changing Face of Communism in Eastern Europe. Tucson 1972. Es gibt leider keine gute Geschichte des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei. Die drei bestehenden Arbeiten schließen entweder zu zeitig ab oder weisen ernste methodologische Mängel auf. Vgl. T a b o r s k y, Edward: Communism in Czechoslovakia 1948—1961. Princeton 1962. — K u h n, Heinrich: Der Kommunismus in der Tschechoslowakei. Köln 1965. — T i g r i d, Pavel: Le Printemps de Prague. Paris 1968.

<sup>7</sup> L i e h m, Antonin: Trois générations; entretiens sur le phénomène culturel tchécoslovaque (übersetzt aus d. Tschech. von Marcel Aymonin). Paris 1970, S. 12. Siehe auch

zu formulieren. Den Anstoß dazu hatten ironischerweise, aber dennoch verständlich, die Sowjets selber gegeben; der Schriftsteller Antonín Liehm veranschaulichte dies sehr gut, als er 1964 schrieb:

„Der erste Moment des Erwachens geht auf die Bekanntmachung der Verhaftung von Beria zurück, und ich sehe mich immer noch versteinert vor der Nachricht des Tass Fernschreibers stehen, in der Khrushchev die Theorie der Intensivierung des Klassenkampfes verdammt. Unfähig meine Sinne zu sammeln, zeigte ich die Nachricht meinen Kollegen im Redaktionsraum, rief ich meine Freunde an: meiner Meinung nach war hier, immerhin, der Grundstein des ganzen Systems. Sogar der XX. Parteikongreß (der KPdSU) hat diesen Schock nicht an Gewalt übertroffen<sup>8</sup>.“

Aber eine Kritik am stalinistischen System war nicht genug. Einerseits war es wichtig zu sehen, wie es zu dieser Deformation der Ideale gekommen war, andererseits aber mußte das System, das diese Deformation verursacht hatte, geändert werden. So schrieb Liehm: „Angenommen wir wollten keinen deformierten Sozialismus stalinistischer Art einführen und aufbauen — wer, wenn ich fragen darf, hätte an der durch solch ein Programm angekündigten Bewegung festgehalten? — aber wenn wir irgendeine Rolle, aus welchen Gründen auch immer, bei dieser Deformation gespielt haben, dann ist es unsere erste Pflicht, den Abgrund zwischen Theorie und Praxis, den wir mitgeschaffen haben, zu füllen<sup>9</sup>.“

Die Liberalisierung im Jahre 1968 war der Höhepunkt der Anstrengungen, die in den vorausgegangenen Jahren von den tschechischen und slowakischen Intellektuellen gemacht worden waren. Ihre Bewegung war eine „intellektuelle Revolution“, wie Löbl es später genannt hat<sup>10</sup>. Den vordersten Platz unter den Zielen dieser Bewegung nahm 1968 eine Reihe von Reformen ein, die die Parteiführung akzeptieren wollte: Demokratisierung der Partei, Wieder-in-Kraft-treten von Staatsorganen, Gründung eines föderativen Staates, Zusicherung der Freiheit der Meinungsäußerung, Abschaffung des Terrors und die Entstehung von „pressure groups“<sup>11</sup>. Diese Reformen zielten darauf, das kommunistische System zu ändern, ohne doch seine hauptsächlichen Grundsätze — die Allianz mit Moskau, die Nationalisierung der Industrie und die Kontrolle der Gesellschaft durch die Partei — zu zerstören. Wie würde das aus solchen Reformen resultierende System ausgesehen haben? Diese Frage kann nicht mehr genau beantwortet werden, aber in Anbetracht der Natur der Reformen könnte man die Folgerung wagen, die ein westlicher Beobachter einmal so ausdrückte: „Das Resultat wäre eine Art

---

M n a ě k o, Ladislav: La septième nuit (übersetzt aus d. Slowak. von Joëlle Martin). Paris 1968, S. 230. Nach Mnačko waren die Slowaken diejenigen, die den Reformprozeß initiierten.

<sup>8</sup> Literární noviny 21, 16. Mai 1964. Eine Übersetzung dieses Artikels erscheint in Französisch in: Liehm 19—27.

<sup>9</sup> E b e n d a.

<sup>10</sup> L ö b l, passim.

<sup>11</sup> Wir haben die gleichen Überschriften gebraucht wie Gordon Skilling in seiner Analyse der politischen Situation in der Tschechoslowakei. Siehe Skilling: Czechoslovakia's Interrupted Revolution.

kommunistischer korporativer Staat gewesen<sup>12</sup>.“ Auf jeden Fall waren die Reformen und Änderungen drastisch genug um anzuzeigen, daß das kommunistische System bedeutend verändert werden könnte.

### *Die Demokratisierung der Partei*

Es war eine eindrucksvolle Neuerung, daß die oberste Führung einer osteuropäischen kommunistischen Partei die Demokratisierung eben dieser Partei zu ihrer wohlwogeneren Politik machen wollte. Es gibt Beweise dafür, daß Dubček sich seit seiner Übernahme des Postens des Ersten Sekretärs der kommunistischen Partei der Slowakei (KPS) im Jahre 1963 dafür eingesetzt hatte. Schon zu dieser Zeit hatte er seine Meinung dahingehend ausgesprochen, daß „sehr viel an den Methoden der Partei nicht in Ordnung war“<sup>13</sup>.

In seinen Anfangsjahren als Erster Sekretär der KPS fuhr Dubček fort, die slowakische Partei von stalinistischen Elementen zu säubern und sie durch Männer, denen er vertrauen konnte, zu ersetzen. Dies war besonders der Fall in Preßburg; an den unteren Parteioorganisationen war er weniger interessiert. Während sein Vorgänger, Karol Bacilek, Prags Mann in der Slowakei gewesen war, wollte Dubček dies nicht sein: indem die KPS progressiven Elementen die Mitarbeit erlaubte, konnte sie ein Werkzeug für Reformen werden.

Um 1966 bemerkte Novotný die Gefahr, die Dubček in Preßburg darstellte. Mit Hilfe ehrgeiziger slowakischer Kommunisten wie Michal Chudík versuchte Novotný auf dem Parteitag, den die KPS in diesem Jahr abhielt, Dubček von seinem Posten zu verdrängen<sup>14</sup>. Der Versuch schlug fehl und Dubček wußte nun, daß er gut genug auf seinem Posten abgesichert war, um auf dem Wege zur Reformierung der Partei fortschreiten zu können<sup>15</sup>. Er sagte damals: „Wir müssen mehr Gewicht auf die Entwicklung der Demokratie in der Partei legen. Wir müssen den Gedanken der individuellen Kommunisten mehr Aufmerksamkeit schenken und wir müssen die Entwicklung der Kritik innerhalb der Partei mehr unterstützen“<sup>16</sup>.

Dennoch war Dubček während seiner Amtszeit in Preßburg vorsichtig genug, nicht zu sehr als Reformierender und Liberaler hervorzutreten. Er wußte, wann er mit der KP(T)sch Parteirichtung zu gehen hatte und wann er eine Reform begünstigen konnte. Am entschiedensten für die Sache der Reformen trat er 1967 ein, als er sich entschloß, Ota Šiks „Neues Wirtschaftsmodell“ zu unterstützen. Er setzte

<sup>12</sup> Griffith, W. E. in seiner Einführung zu Remington, R. A. (Hrsg.): Winter in Prague. Documents on Czechoslovak Communism in Crisis. Cambridge/Mass. 1969, S. XVI.

<sup>13</sup> Shawcross, William: Dubček. London 1970, S. 99. Der Kampf für neue Arbeitsmethoden war eines der Ziele der Dubček-Führungsgruppe in der KPS zwischen 1963 und 1968 geworden. Siehe Zrok, Jozef: Kontinuita pojanuárovej politiky [Über die Kontinuität der nach-Januar Politik]. Pravda (Preßburg), 29. 1. 1969.

<sup>14</sup> Siehe Kohout, Luboš: Dokumenty z Barnabitiiek vydajú svedectva [Das Zeugnis der Dokumente der Barnabitiy-Kommission]. Pravda, 14. 4. 1968.

<sup>15</sup> Zrok.

<sup>16</sup> Pravda, 15. 5. 1966. Siehe auch Shawcross 112.

sich auch dafür ein, daß die Intellektuellen eine größere Rolle spielten, diese „enfants maudits“ des stalinistischen Systems, die nun auf Änderungen in dem kommunistischen System in der Tschechoslowakei drängten<sup>17</sup>.

Als er Novotnýs Amt als Erster Sekretär der KPTsch im Januar 1968 antrat, begann Dubček fast sofort die Zügel innerhalb der Partei zu lockern: lebhaftere Debatten fanden im Plenum des Zentralkomitees statt, führende Kommunisten begannen im Radio und Fernsehen aufzutreten, um die neuesten Maßnahmen zu erörtern. Durch Personalwechsel wurde versucht, die Qualität des Apparats zu verbessern und den von der Partei gewählten Körperschaften wurden größere Machtbefugnisse eingeräumt. Die meisten dieser Änderungen wurden in die im August veröffentlichten neuen Parteirichtlinien aufgenommen<sup>18</sup>. Diese Richtlinien gingen sogar noch weiter: der Minorität wurde das Recht garantiert, ihre Meinung zu äußern, deren protokollarische Niederlegung zu fordern, und trotz ihrer Verwerfung durch die Mehrheit auf ihr zu beharren.

Diese Reformen versetzten dem demokratischen Zentralismus des stalinistischen Typs, der seit dem Zweiten Weltkrieg in Osteuropa praktiziert worden war, einen Schlag. Insofern als die Partei selbst aufgefordert wurde, diesen Statuten zuzustimmen — und tatsächlich wurden viele Parteimitglieder zum Austritt veranlaßt —, war diese Situation nicht ohne Probleme. Das Präsidium war im April revidiert und Novotný hieraus verdrängt worden; von den früheren Präsidiumsmitgliedern blieben nur Dubček, O. Černík und D. Kolder im Amt. Aber das Zentralkomitee blieb immer noch eine überwiegend konservative Körperschaft der Novotný-Ära. Es wurde jedoch erwartet, daß der außerordentliche Parteitag im September 1968 mit der Wahl eines fortschrittlicheren Zentralkomitees Erfolg haben würde. Aber die Invasion kam dazwischen.

#### *Das Wieder-in-Kraft-treten von Staatsorganen*

Obwohl die meisten sozialistischen Verfassungen in Osteuropa die Funktionen der Staatsorgane klar definieren und sie von denen der Partei trennen, sind die beiden in Wirklichkeit in starkem Maße miteinander verschmolzen, zumindest insoweit als Parteimitglieder in staatlichen Positionen sitzen und dort besonders in den höchsten Rängen. Nichtsdestoweniger ist zu verschiedenen Zeitpunkten seit dem Kriege der Vorschlag zum Gegenstand politischer Programmklärungen gemacht worden, die staatlichen Organe sollten eine größere Rolle beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in der Tschechoslowakei spielen. Hierin verriet sich, in welchem Ausmaß die Partei die Kontrolle über Staat und Gesellschaft erlangt hatte, und die Reform stellt sich dar als die Antwort auf einen wachsenden Druck, der 1968 vollen Ausdruck fand.

Auch wenn bei staatlichen Wahlen der Vorschlag für eine größere Beteiligung

<sup>17</sup> Zur Rolle der Intellektuellen unter dem Kommunismus in der Tschechoslowakei siehe Urban, Rudolf: Vom „Prager Frühling“ zur „Normalisierung“. Tschechoslowakische Schriftsteller unter Novotný, Dubček und Husák. Osteuropa 21/2 (Februar 1971) 73—97.

<sup>18</sup> Rudé právo, 10. 8. 1968.

des Staates beim Aufbau eines sozialistischen Systems immer wieder auftauchte, so wurde doch in Wahrheit nichts dafür getan; geschah überhaupt etwas so dies, daß die Verantwortlichkeiten des Staates beständig weiter geschwächt wurden. Nirgends wird dies deutlicher als in dem Fall des Slowakischen Nationalrats, der, obwohl er bei Kriegsende in der Slowakei praktisch die Macht hatte, im Jahre 1960 den größten Teil davon verloren hatte und vollkommen der Zentralregierung in Prag untergeordnet worden war; diese ihrerseits war der KPTsch untergeordnet. Die Wahlen für den Slowakischen Nationalrat waren bestenfalls eine bedeutungslose Geste. Dennoch war es anlässlich einer solchen Gelegenheit 1964, als Dubček andeutete, er befürworte nicht nur das Wieder-in-Kraft-treten von Staatsorganen, sondern auch deren echte Verantwortlichkeit vor dem Volk: „Die neu Gewählten müssen sofort volle Verantwortlichkeit für ihre eigene Arbeit übernehmen und sie müssen ihre Funktionen richtig ausüben. Aber sie müssen in ständigem Kontakt mit der Wählerschaft bleiben und mit ihren Wählern kooperieren. Das Vertrauen wird vom Volke nicht ein für allemal gegeben . . . es muß andauernd erneuert und bestätigt werden, besonders wenn die Bedingungen und Forderungen sich vielleicht geändert haben<sup>19</sup>.“ Unter anderen Umständen hätte man diese Worte als bedeutungslos betrachten können, aber Dubčeks spätere Aktionen zeigten, daß er fest an das glaubte, was er sagte.

Man darf also mit Sicherheit annehmen, daß Dubček auf den wachsenden Druck in der Slowakei hin 1967 die Auffassung fallen ließ, die konstitutionellen Rechte der Slowakei seien in der Verfassung von 1960 angemessen zum Ausdruck gebracht. Er forderte statt dessen die Rückkehr zum Kaschauer Programm, das der Slowakei die Autonomie gegeben hatte. Wenn die Stellung der Slowakei innerhalb der Tschechoslowakei eine noch größere Bedeutung bekommen und zum Gegenstand einer besonderen Reform werden sollte, so veranschaulicht Dubčeks Haltung zu dieser Frage nichtsdestoweniger das Ausmaß seiner Bereitschaft, die Staatsorgane und Funktionen wieder in Kraft treten zu lassen: im Jahre 1968 war eine solche Wiederbelebung gut im Gange. Die Präsidentschaft der Republik und das Amt des Ersten Sekretärs der Partei wurden voneinander getrennt: zuerst so, daß Novotný gezwungen wurde, von seinem Posten als Erster Sekretär zurückzutreten, und sodann durch die Wahl von L. Svoboda zum Nachfolger Novotnýs als Präsident, nachdem letzterer auch dieses Amt niedergelegt hatte. Der gealterte Svoboda brachte der Stellung neue Bedeutung und neues Prestige. Die Nationalversammlung übernahm auch eine neue und wichtige Rolle. Unter der Führung ihres Präsidenten Josef Smrkovský wurde sie zur Stätte ernsthafter Debatten; ihre Beschlüsse wurden in der Presse und den Massenmedien frei wiedergegeben und kommentiert. In diesem Zusammenhang erreichte auch die nächste Reform einige Bedeutung.

#### *Aufbau eines föderativen Staates*

Keine andere Reform von 1968 kann von sich behaupten, ihre Wurzeln sowohl in der unmittelbaren wie auch in der weiter zurückliegenden Vergangenheit zu

<sup>19</sup> Shawcross 102.

haben; noch kann eine andere Reform von sich behaupten, die Besetzung der Tschechoslowakei überlebt und zwei Monate später ihre Verwirklichung gesehen zu haben. Wenn irgendetwas, dann zeigte die Föderalisierung der Tschechoslowakei, worum sich das innere politische Leben dieses Landes dreht: tschechisch-slowakische Beziehungen<sup>20</sup>.

Der Gedanke einer tschechisch-slowakischen Föderation geht bis zum Clevelander Abkommen des Jahres 1915 zurück, welches die Föderation der beiden Nationen vorgeschlagen hatte. Obwohl Masaryk das Abkommen nicht unterschrieben hatte, hatte er seine Zustimmung von Paris aus gegeben. Aber seine zentralistischen Konzeptionen zeigten sich bald danach, und 1918 hatte er amerikanische Slowaken dahin gebracht, auf den föderativen Gedanken zu verzichten und sich statt dessen mit einer gewissen Autonomie für die Slowakei zufrieden zu geben. Der Vertrag von Pittsburgh, der von amerikanischen Tschechen und Slowaken unterzeichnet worden war, wurde auch von Masaryk unterzeichnet.

Jedoch zu der Zeit, als die Tschechoslowakei gegründet wurde, lehnte Masaryk es ab, den Vertrag einzulösen, und durch die Verfassung von 1920 wurde die Tschechoslowakei ein Einheitsstaat<sup>21</sup>. Die Geschichte der tschechisch-slowakischen Beziehungen in der Ersten Tschechoslowakischen Republik ist gekennzeichnet durch den Kampf der Slowaken, die Autonomie zu erlangen.

Als während des Zweiten Weltkrieges die Entscheidung, die Tschechoslowakei neu zu gründen, getroffen worden war, sprach sich von den anerkannten politischen Kräften allein die KPS für eine neue Lösung, nämlich die Föderation, aus. Aber auf das Drängen Klement Gottwalds, des Vorsitzenden der KPTsch, hin, gaben die slowakischen kommunistischen Führer den föderativen Gedanken auf und nahmen eine Autonomie an, wie sie im Slowakischen Nationalrat und im Kollegium der Volksbeauftragten verkörpert ist<sup>22</sup>. Es dauerte allerdings nicht lange, bis diese zwei Einrichtungen in den drei Prager Abkommen von 1945—1946 den größten Teil ihrer Macht an die Zentralregierung abgeben mußten. Die Verfassung von 1948 (die nach der kommunistischen Machtübernahme verkündet wurde) unterstrich diesen Machtverlust und gab der Slowakei die Autonomie nur dem Namen nach. Weiterhin manifestierten sich die zentralisierenden Tendenzen in Prag erstens in dem Prozeß gegen die slowakischen kommunistischen Führer,

<sup>20</sup> Es ist interessant, daß die Frage der tschechisch-slowakischen Beziehungen als Hauptthema im politischen Leben der Tschechoslowakei seit ihrer Gründung im großen und ganzen von westlichen Arbeiten ignoriert wurde. Die Slowaken wurden höchstens als ein Minderheitenproblem bearbeitet, schlimmstenfalls wurden sie absichtlich ignoriert, wie es der Fall in der Arbeit von Václav Beneš ist, „Czechoslovakia“ in Beneš, Václav: East European Government and Politics. New York 1966. Alle Schriften stimmen in einem Punkt überein: die geographische Lage ist eines der Hauptprobleme der tschechoslowakischen Geschichte.

<sup>21</sup> Sogar die Rechtschreibung wurde von der durch Bindestrich verbundenen Form Česko-Slovensko, wie es in den Friedensverträgen geschrieben wurde, zu der Form Československo geändert. Ein Gesetz sorgte für die Bestrafung derjenigen, die weiterhin die Bindestrichform verwendeten.

<sup>22</sup> Husák, Gustáv: Svedectvo o Slovenskom národnom povstaní [Zeugnis für den slowakischen nationalen Aufstand]. Preßburg 1964, S. 584.

denen man bürgerlichen Nationalismus vorwarf — sie waren erst für die Föderation eingetreten, dann für die Autonomie der Slowakei —, und zweitens in der Verfassung von 1960, die im Prinzip die slowakische Autonomie eliminierte. Der Slowakische Nationalrat und die KPS waren Transmissionsriemen im wahren stalinistischen Sinne des Wortes.

Als Dubček im Jahre 1963 slowakischer Erster Sekretär wurde, begann die KPS die Forderung zu stellen, daß das Kaschauer Programm von 1945 berücksichtigt werden solle. Obwohl der Erste Sekretär selbst lange Zeit hindurch die Regelung durch die Verfassung von 1960 akzeptierte und sich sogar gegen jedwede Veränderung aussprach, ließ er dennoch den Druck dagegen sich anstauen und befürwortete 1967 offen eine Rückkehr zum Kaschauer Programm. Jetzt aber, und besonders 1968, erwies sich die im Kaschauer Programm vorgesehene Autonomie als unzureichend. Slowakische Kommunisten, von Gustáv Husák geführt, der zum Vize-Premier ernannt worden war, begannen die Modalitäten für ein föderatives System vorzubereiten. Eine Verfassungsänderung sollte jedoch nur der erste Schritt sein. Der Statutenentwurf der KPTsch schlug die Schaffung einer Tschechischen Kommunistischen Partei in Böhmen-Mähren vor, die der KPS in der Slowakei gleichberechtigt sein sollte, sowie die Parität innerhalb der KPTsch auf Bundesebene. In ähnlicher Weise schlug der Statutenentwurf der Nationalökonomien, der im Mai erschien, die Entwicklung von zwei nationalen Wirtschaftssystemen innerhalb der tschechoslowakischen Volkswirtschaft vor<sup>23</sup>. In einer Bekundung ihrer festen Absicht, einen eigenen Weg zu gehen, entschloß sich die KPS dazu, ihren Parteitag vor und nicht nach dem der KPTsch abzuhalten, wie es in der Vergangenheit üblich gewesen war. In dieser Weise suchten die slowakischen Kommunisten auch zu zeigen, daß ihre Partei hinfort nicht mehr Prags Transmissionsriemen sein würde.

Die Föderalisierung der Tschechoslowakei war die einzige Reform, die die Invasion von 1968 überdauerte. Obwohl sie nicht ganz so verwirklicht wurde, wie die slowakischen Kommunisten sie gewollt<sup>24</sup> hatten, wurde sie dennoch am 27. Oktober 1968 Gesetz und trat am 1. Januar 1969 in Kraft. Aber es wurde keine tschechische kommunistische Partei als solche gegründet, noch wurde die Volkswirtschaft in irgendeiner Weise verändert.

### *Zusicherung der Freiheit der Meinungsäußerung*

Keine der Reformen des Jahres 1968 war natürlicher, und keine wurde so bereitwillig akzeptiert wie die der Freiheit der Meinungsäußerung. Vor allem für die Schriftsteller hatte sie besondere Bedeutung, hatten diese sie doch in der einen

<sup>23</sup> Rudé právo, 18. 5. 1968.

<sup>24</sup> Eigentlich sollte es drei föderale Ministerien geben. Zu der Zeit, als das Gesetz bekanntgegeben wurde, waren es sieben. Das beste Buch über den Föderalismus in der Tschechoslowakei ist P l e v z a, Viliam: Československá štátnost a slovenská otázka v politike KSČ [Die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit und die slowakische Frage in der Politik der KPTsch]. Preßburg 1971. Siehe auch K i r s c h b a u m, Stanislav J.: Le nationalisme minoritaire: le cas de la Tchécoslovaquie. Canadian Journal of Political Science 7/2 (1974) 248—267.

oder anderen Form seit 1955 gefordert. Hatten auch viele von ihnen sich zunächst dazu bereitgefunden, „Seeleningenieure“<sup>25</sup>, wie Gottwald sie in Stalins Nachfolge nannte, zu werden, so nahm es doch selbst für die dogmatischsten unter ihnen nicht viel Zeit in Anspruch zu erkennen, daß sie in eine Zwangsjacke gesteckt worden waren. Ein slowakischer Schriftsteller beschrieb es 1955 so: „Unsere Entwicklung ist zum Stillstand gekommen, sie wurde abgewürgt, jetzt bleibt sie so wie sie ist und wartet — auf was?“<sup>26</sup> Auf drei Schriftstellerkongressen während der Novotný-Ära versuchten tschechische und slowakische Intellektuelle den Würgegriff zu lockern, in dem die Partei sie und die Freiheit der Meinungsäußerung gefangen hielt. Im Jahre 1956, auf dem II. Kongreß tschechoslowakischer Schriftsteller, versuchten sie es, ohne Erfolg. Danach erneuerten sie ihre Angriffe im Jahre 1963 zuerst auf dem Kongreß der slowakischen Schriftsteller im April, dann auf dem Kongreß der tschechoslowakischen Schriftsteller im Mai, und sie begannen einige Erfolge zu verbuchen. Ihre eigenen Zeitschriften wurden ihr Forum: *Kultúrny život* für die Slowaken und *Literarní noviny* unter anderen für die Tschechen. Sogar energische Warnungen der Partei<sup>27</sup> konnten diese Bewegung nicht aufhalten. Schließlich hatte im Jahr 1967 auf dem IV. tschechoslowakischen Schriftstellerkongreß ihr Angriff auf das System seinen Höhepunkt erreicht. Aber sogar Maßnahmen, wie sie danach gegen einige dieser Intellektuellen, vor allem gegen Ivan Klíma, Antonín Liehm, Ludvík Vaculík und Jan Beneš unternommen wurden, konnten die Entwicklung nicht mehr aufhalten<sup>28</sup>. Im Jahre 1968 erreichten die Schriftsteller ihr Ziel mit der Zusicherung der Freiheit der Meinungsäußerung und dem Sturz Novotnýs.

Wie entschieden aber auch die Schriftsteller für die Freiheit der Meinungsäußerung gekämpft hatten, so wäre ihr Ziel doch nicht ohne die Politiker erreicht worden, die sie unterstützten. Alexander Dubček darf zu ihnen gezählt werden. Allein die Tatsache, daß slowakische Intellektuelle den Kampf gegen den Personenkult<sup>29</sup> in den Spalten der *Kultúrny život* eröffneten und über die nächsten vier Jahre hin weiterführten, zeigt nicht nur, daß Dubček die Freiheit der Meinungsäußerung<sup>30</sup>, wie begrenzt sie zu jener Zeit auch war, tolerierte, sondern er beschützte auch slowakische Zeitschriften und jene Schriftsteller, wie z. B. M. Hysko, die Novotný für ihre freimütige Haltung bestraft sehen wollte<sup>31</sup>. 1965 ging er selbst voran auf dem Weg zu einer Neuschreibung der Geschichte, indem er auf einer Feier zum 150. Geburtstag von L'udovít Štúr sprach; Štúr war einer

<sup>25</sup> Gottwald, Klement: Klement Gottwald 1949—1951. Prag 1951, S. 16.

<sup>26</sup> Mináč, V.: Básnici, čo ďalej [Dichter, was nun]? *Kultúrny život* 27, 2. 7. 1955.

<sup>27</sup> *Rudé právo*, 7. 9. 1963.

<sup>28</sup> Urban, Rudolf: Der verwegene Geist. Der IV. Kongreß tschechoslowakischer Schriftsteller und seine Folgen. *Osteuropa* 18/3 (1968) 176—198.

<sup>29</sup> Pavlík, O.: Kult osobnosti a mravnost [Der Personenkult und die Moralität]. *Kultúrny život* 32, 10. 8. 1963. Dies war einer der direktesten Artikel, die in diesem Jahr über diese Frage erschienen.

<sup>30</sup> Der Kampf für die historische Wahrheit und die slowakische Kultur waren zu Zielen der Dubček-Führungsgruppe in der KPS zwischen 1963 und 1968 geworden. Siehe Zrok.

<sup>31</sup> *Shawcross* 119 ff.

der Führer in der slowakischen Rebellion von 1848—1849 gegen die Madjaren gewesen. Er ging so weit anzudeuten, daß die Slowaken in der Tschechoslowakei betrogen, daß ihnen ihre Rechte als Nation verweigert worden waren<sup>32</sup>.

Im Verlauf des Jahres 1968 wurde die Freiheit der Meinungsäußerung voll entfaltet. Im März hatte Dubček sein Siegel der Zustimmung zu einer freien Presse gegeben; am 14. März forderten die Zensoren selbst das Ende der Zensur, die sie praktisch schon eingestellt hatten. Schließlich zeigten L. Vaculks „Zweitausend Worte“ an, wie weit die kommunistischen Schriftsteller zu gehen wagten. Aber sie gaben auch den Sowjets und anderen osteuropäischen Kommunisten weitere Argumente in die Hand, um diesen Liberalisierungsprozeß beenden zu können.

Die Freiheit der Meinungsäußerung ebnete den Weg für zwei weitere Reformen: die Abschaffung des Terrors und die Entstehung von „pressure groups“. Es wäre schwierig gewesen, nach diesen Reformen zu rufen, oder gar sie durchzuführen ohne das Wissen darum, was in der Gottwald-Novotný-Ära vorgegangen war.

### *Die Abschaffung des Terrors*

Wenige kommunistische Führer hatten sich als so ausgezeichnete Zauberlehrlinge erwiesen wie die tschechoslowakischen Führer in den Jahren 1949—1954. Als alle anderen osteuropäischen Regimes ihren Säuberungen ein Ende gesetzt hatten, da begannen die Prager Führer mit ihrem *danse macabre*, der in seinem Verlauf einen hohen Tribut gleichermaßen von Kommunisten wie Nicht-Kommunisten fordern sollte.

Der Slánský-Prozeß im Jahre 1952 hatte nichts Gleichwertiges im übrigen Osteuropa, und sogar nach Stalins Tod führte das Regime weitere Schauprozesse durch, die ihren Höhepunkt in dem Prozeß vom April 1954 fanden, in dem slowakische Kommunisten des bürgerlichen Nationalismus angeklagt wurden<sup>33</sup>. Obwohl erst im Jahre 1968 viele Kommunisten Berichte über ihre Erfahrungen in kommunistischen Gefängnissen<sup>34</sup> veröffentlichten, und die Einstellung des Terrors sowie die Rehabilitierung unschuldiger Kommunisten forderten, so reichen die Wurzeln dieser Forderung doch in das Jahr 1956 der Ära Novotný zurück. Auf der Parteikonferenz jenes Jahres hatte Novotný erklärt, es sei im Juni 1954, auf dem X. Parteitag der KPTsch, eine Kommission ins Leben gerufen worden, die die gesamte Frage der Säuberungen untersuchen sollte<sup>35</sup>. Später ließ Novotný verlauten, daß eine zweite Kommission, mit Rudolf Barák als Vorsitzendem, gegründet worden war, die diese Frage weiterhin untersuchen sollte. Barák seinerseits erklärte, daß es die Verschwörung gegen den Staat, deren Slánský angeklagt

<sup>32</sup> E b e n d a 124.

<sup>33</sup> Pravda, 25. 4. 1954.

<sup>34</sup> L o n d o n, Artur: L'aveu dans l'engrenage du procès de Prague. Paris 1968. — L ö b l, E.: Svedectvo o procese [Zeugnis für den Prozeß]. Preßburg 1968. — H u s á k, Gustáv: Barnabity a čo im prechádzalo [Die Barnabity-Kommission und ihre Tätigkeit]. Nové slovo 10/4—10 (1968). — H o l d o š, L.: Fragmenty [Bruchstücke]. Smena, 22. 3. 1968.

<sup>35</sup> Rudé právo, 12. 6. 1956.

worden war, niemals gegeben habe, letzterer aber dennoch nicht rehabilitiert würde<sup>36</sup>. Als Reaktion auf den steigenden Druck wurden dann im folgenden Jahr (1957) die Henker und Schergen des Slánský-Prozesses, Doubek und Kohoutek, zu Gefängnisstrafen verurteilt<sup>37</sup>. Auf dem XII. Parteitag im Jahre 1962 kündigte Novotný die Rehabilitierung einer kleinen Gruppe von Kommunisten an<sup>38</sup>. Aber dies war ungenügend und es wurde eine neue Kommission gegründet, die im Jahre 1963 weitere Rehabilitierungen ankündigte<sup>39</sup>.

Da dieser Prozeß der Rehabilitierung so lange gedauert und sich in Wirklichkeit als ungenügend erwiesen hatte, wurde die gesamte Frage der Terroraktionen im Jahre 1968 ernsthaft untersucht. Diesmal wurden nicht nur die Berichte von früheren politischen Häftlingen und die Gründung einer anderen Kommission<sup>40</sup>, die die Säuberungen untersuchen sollte, sondern die Verwicklung der Sowjetunion in diesen Prozeß ans Licht gebracht<sup>41</sup>. Um sich selber und andere Bürger vor der Wiederkehr solcher Aktionen zu schützen und um die Fehler der stalinistischen Epoche zu berichtigen, gründete eine Gruppe früherer politischer Gefangener den *Klub 231* (der Name wurde von dem Paragraphen des Strafgesetzbuches genommen, nach dem sie verurteilt worden waren). Schließlich wurden Novotný, Bačilek und einige andere am 30. Mai aus dem ZK ausgeschlossen und eine Untersuchung ihres Anteils an den Säuberungen in Aussicht gestellt. Aber die Invasion verhinderte, daß dieser Prozeß sich weiter entwickelte.

#### *Die Entstehung von „pressure groups“*

Obwohl die sowjetische Verfassung aus dem Jahre 1936 von zwei Klassen spricht, den Arbeitern und den Bauern, mit denen sich eine Schicht, die die werktätige Intelligenz genannt wird, vereinigt, hat die ökonomische und soziale Entwicklung der UdSSR die unvermeidbare Folge einer Veränderung der sowjetischen Gesellschaft und die Entwicklung von Interessengruppen mit sich gebracht<sup>42</sup>. In einer wirtschaftlich fortgeschrittenen und mannigfaltigen Gesellschaft, wie es die der Tschechoslowakei schon vor der kommunistischen Machtübernahme war, konnte der Versuch, der nach 1948 gemacht worden war, ihr das sowjetische System aufzuerlegen, nicht lange überdauern. Während die Sowjets selber sich

<sup>36</sup> Kaplan, Karel: Zamyšlení nad politickými procesy [Gedanken über die politischen Prozesse]. *Nová mysl* 8 (1968) 1072.

<sup>37</sup> E b e n d a 1073.

<sup>38</sup> L ö b l : Svedectvo o procese 101.

<sup>39</sup> Rudé právo, 22. 8. 1963.

<sup>40</sup> Die Kommission war unter der Leitung des Mitglieds des Präsidiums J. Piller. Einige ihrer Entdeckungen wurden in *Nová mysl* von Kaplan veröffentlicht, und später wurde auch die deutsche Übersetzung des Berichtes zugänglich: Pelikán, Jiří: Das unterdrückte Dossier. Wien 1970.

<sup>41</sup> Redakčný rozhovor s Karolom Bačilkom [Gespräch der Redaktion mit Karol Bačilek]. *Smena*, 28. 4. 1968. Bačilek war Minister der nationalen Sicherheit während der Säuberungen von 1952 gewesen.

<sup>42</sup> Skilling, H. Gordon / Griffith, F. W. (Hrsg.): *Interest Groups and Soviet Politics*. Princeton 1970, *passim*.

sogar heute noch weigern, die Konsequenzen ihrer eigenen Entwicklung zu erkennen<sup>43</sup>, suchten tschechoslowakische kommunistische Theoretiker schon während der Ära Novotný ein neues Gerüst zu errichten, das für Klasseninteressen und die sich daraus ergebenden Konflikte zwischen Interessengruppen einen Raum auspartete, ohne doch den Aufbau des Sozialismus zu unterminieren. Die bloße Erwähnung von Klasseninteressen und Konflikten durch den Slowaken Lakatoš im Jahr 1965 war an sich schon eine überraschende Entwicklung in der kommunistischen Theorie<sup>44</sup>.

Die ganze Frage der Klasseninteressen barg große Gefahren in sich, und solange das System keine vollständige Diskussion, mit allen Folgen, die dies mit sich bringen würde, erlaubte, blieb sie ungelöst. So kam es denn in der freien Atmosphäre der Liberalisierung und Demokratisierung des Jahres 1968 dazu, daß diese Frage wieder gestellt wurde. Schon im Februar plädierte Zdeněk Mlynář in der *Rudé právo* für die Anerkennung und Beteiligung von Interessengruppen:

„Es muß erkannt werden, daß einer Gesellschaft als Ganzes nicht nur der Status einer unabhängig handelnden wirkenden Kraft gewährt werden muß, sondern daß dieser Status auch seinen individuellen Komponenten, sozialen Gruppen und Schichten, allgemeinen Interessengruppen und nicht zuletzt auch jedem Bürger als Individuum gewährt werden muß ... das Ganze oder die Mehrheit (dürfen) nicht als die einzige wirkende Kraft gesehen werden: auch die Minderheit muß die Möglichkeit haben, ihre Meinung, ihre Interessen oder ihre Vorschläge vorzutragen und ihre eigene Identität (bis herunter zum Individuum) zu behalten . . . . Ein anderes wichtiges Prinzip fordert gegenseitige Kontrolle und ein gewisses Gleichgewicht unter den verschiedenen Komponenten des politischen Systems, d. h. dem Staat, der Partei und jeder sozialen Organisation<sup>45</sup>.“

Ogleich die Frage von Interessengruppen eine längere und eingehendere Untersuchung hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das politische System erfordert haben würde, so war Dubčeks Regime doch für sie offen und bereit, wenigstens einen kleinen Schritt zu tun. In dem Aktionsprogramm, das im April erschien<sup>46</sup>, gab es Anzeichen, daß die Partei gewillt war, eine begrenzte Tätigkeit von Interessengruppen zu tolerieren. Die Invasion beendete jedoch diese Entwicklung abrupt.

#### *Ein Mehr-Parteien-System?*

Von dem Moment an, in dem Dubček den Posten des Ersten Sekretärs der KPTsch antrat und der Politik der Tschechoslowakei einen neuen Stil gab durch die Reformen, die vorgeschlagen und gesetzlich verfügt wurden, tauchte die Frage einer möglichen Entwicklung zu einem Mehr-Parteien-System in großem Umfang

<sup>43</sup> E b e n d a, Einführung von Skilling.

<sup>44</sup> L a k a t o š, M.: K niektorým problémom štruktúry našej politickej sústavy [Über einige Probleme der Struktur unseres politischen Systems]. *Právny obzor* 1 (1965) 26—36 und Skilling / Griffiths Kapitel 1, von Skilling.

<sup>45</sup> *Rudé právo*, 13. 2. 1968.

in den Gedanken der Beobachter und Analytiker auf. Obwohl diese Frage in gewisser Hinsicht mehr theoretischer Natur ist und ihre Problematik sich nur während einer längeren Zeitspanne entfaltet haben würde, so sieht man bei einer genaueren Untersuchung, daß es Kräfte im Land gab, die die neuen Entwicklungen in jene Richtung zu drängen versuchten.

Ivan Sviták war unter den ersten, die einen Wechsel forderten. In einer im März an der Karls-Universität in Prag gehaltenen und einige Wochen später veröffentlichten Vorlesung fand er harte Worte für die Politik der Ära Stalin: „Die politische Philosophie der Staatsmänner jener Epoche war auf Sündenböcken — Kapitalisten, Kulaken, Juden und Intellektuellen — und ungarische Salami gegründet. War also ein Politiker nicht im Stande, den Preis für ungarische Salami herabzusetzen, so konnte dies für ihn tödliche Konsequenzen haben“<sup>47</sup>. Um diesen „Salami-Realismus“ der Ära Novotný zu ersetzen, schlug Sviták eine offene Gesellschaft vor.

Nachdem diese Debatte einmal in Gang gesetzt worden war, war es unvermeidbar, daß einige ihrer Hauptgedanken zu ihrem logischen Ende geführt wurden<sup>48</sup>. Das ließ Václav Havel ganz klar erkennen, als er in den *Literární listy* schrieb, ein Zwei-Parteien-System sei nötig, wenn Demokratisierung überhaupt Bedeutung haben sollte: „Ich halte auch die Annahme für illusorisch, daß die innere Demokratisierung der führenden Partei (d. h. die Bereitschaft, irgendetwas wie eine innere Opposition zu tolerieren) eine ausreichende Garantie für Demokratie bietet“<sup>49</sup>.

Auch wenn die kommunistische Partei gewillt war, die Freiheit der Meinungsäußerung zu tolerieren, mußte sie dennoch dafür sorgen, daß ihre eigene Position nicht unterminiert würde; deshalb konnte sie gefährliche Darlegungen nicht unbeantwortet lassen. Schließlich mußten auch externe Überlegungen — und hier besonders die Reaktionen anderer kommunistischer Staaten — in Betracht gezogen werden. Ende Juni antwortete Drahomír Kolder Sviták und klagte ihn an, eine demagogische Stimme zu sein und „ganze zwanzig Jahre Arbeit zu negieren und abzuschreiben“<sup>50</sup>.

Dennoch war die Haltung der KPTsch zur Frage eines Mehr-Parteien-Systems recht zweideutig. Einerseits war Kolders Antwort an Sviták ziemlich spät gekommen; andererseits erlaubte die KPTsch die Gründung des KAN (Verein von Nicht-Partei Kämpfern), der durchaus Embryo einer politischen Partei war, was übrigens auch für den *Klub 231* zutraf. Aber die KPTsch untersagte das Wiederaufleben der Sozialdemokratischen Partei als einer voll aktiven Organisation und weigerte sich, den Parteien in der Nationalen Front größere Bedeutung zu geben.

<sup>46</sup> Rudé právo, 6. 4. 1968.

<sup>47</sup> Student, 10. 4. 1968.

<sup>48</sup> Siehe die Analyse der Opposition, wie die Kommunisten sie einführen wollten, in dem Artikel von B a r n a r d, Frederick M.: Between Opposition and Political Opposition: The Search for Competitive Politics in Czechoslovakia. Canadian Journal of Political Science 5/4 (1972) 533—552.

<sup>49</sup> Literární listy, 4. 4. 1968.

<sup>50</sup> Rudé právo, 21. 6. 1968.

Es ist unmöglich zu sagen, ob man diesen Tendenzen erlaubt hätte, sich weiter zu entwickeln. Sicher ist, daß die Erfahrung der Vergangenheit sowie das Gewicht konservativer und dogmatischer Kommunisten in der Partei einen Gegen-  
druck ausübten. Ganz bestimmt wäre auch einem Druck von außen standzuhalten gewesen. Tatsächlich kann die Invasion als die äußerste Form betrachtet werden, die dieser Druck annehmen konnte.

### *Divergierende Konzeptionen*

Wenn die Reformen des Jahres 1968 zeigten, welche Änderungen vorgenommen und wie das kommunistische System umgeformt werden sollte, dann zeigten die Debatten um und über diese Reformen auch, daß ernstliche Unterschiede zwischen Tschechen und Slowaken in der Einstellung zur Liberalisierung und Demokratisierung existierten. Diese Unterschiede waren groß genug, um das politische Leben in der Tschechoslowakei zu beeinflussen, wie es sich später während der Invasion zeigte, als, um sicherzustellen, daß der Prozeß der „Normalisierung“ seinen Verlauf nehmen würde, die Drohung nicht ausgeschlossen wurde, die Slowakei abzutrennen und sogar möglicherweise in die UdSSR einzugliedern<sup>51</sup>. Die Berichterstattung über den Demokratisierungsprozeß in der westlichen Presse jedoch konzentrierte sich, wie es der Ausdruck „Prager Frühling“ so schön zeigt, auf Prag. Man kann aber die Entwicklung des Jahres 1968 nicht in ihrem vollen Ausmaße verstehen, wenn man nicht diese divergierenden Konzeptionen untersucht.

Wenn die Einwirkung der Vergangenheit auf das Programm des Jahres 1968 bemerkt werden kann, so ist sie offensichtlich dort, wo die entscheidenden Momente im politischen Leben der Tschechoslowakei seit ihrer Gründung lagen, nämlich in den Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken. Novotný wurde bis zum Ende seiner Amtszeit angeklagt, den „Tschechoslowakismus“ von Masaryk und Beneš wieder einführen zu wollen, d. h. der Theorie anzuhängen, daß es nur eine Nation, bestehend aus den Tschechen und den Slowaken, gibt sowie nur eine Sprache, wenn diese auch in zwei Dialekten gesprochen wird<sup>52</sup>.

Während des Zweiten Weltkrieges hatte die KPTsch (wie auch Beneš)<sup>53</sup> nicht nur offiziell die Existenz der slowakischen Nation bestätigt, sondern sie hatte auch im Kaschauer Programm, im Gegensatz zu den bürgerlichen tschechisch-slowakischen Vorkriegsbeziehungen, Gleichstellung der beiden Nationen ver-

<sup>51</sup> Schon vor der Okkupation erwähnte Walter Ulbricht diese Möglichkeit: „Wir könnten ja, wie wir das schon erörtert haben, die Slowaken einsetzen, die ganze Sache auf diese Art und Weise aufrollen und dann ...“ Siehe *Weit*, Erwin: Ostblock Intern. Hamburg 1970, S. 268.

<sup>52</sup> *Pravda*, 29. 3. 68. *Pravda* veröffentlichte an diesem Tag das Memorandum o Slovensku [Memorandum über die Slowakei] der National-Sozialistischen Partei (die Partei von Beneš) vom Jahr 1945, deren Ziel die Assimilation der Slowaken war. Die Redaktion der *Pravda* kommentierte: „Das Memorandum der National-Sozialisten war gefährlich für den Genossen Novotný und seine Mitarbeiter, weil, auf den ersten Blick, [die Grundsätze des Memorandums] denen ihrer eigenen politischen Praxis zu sehr ähnelten.“ Über das Memorandum siehe *Faltan*, Samo: *Slovenská otázka v Československu* [Die slowakische Frage in der Tschechoslowakei]. Preßburg 1968, S. 248—251.

sprochen. Novotnýs Haltung gegenüber den Slowaken könnte man, um in kommunistischer Terminologie zu reden, durchaus als bürgerlich reaktionär bezeichnen<sup>54</sup>. Als im Jahre 1967 Dubček zu einer Politik der Rückkehr zu dieser Kriegszeit-Gleichheit ansetzte, nahm er den Faden nur dort wieder auf, wo andere ihn fallen gelassen hatten. Zu der Zeit nun, als er Erster Sekretär der KPTsch wurde, hatte sich der Kampf für Gleichheit im Rahmen einer asymmetrischen Föderation gewandelt zu dem für Gleichheit in einer symmetrischen Föderation und wurde von Husák und Vasil Bilak, dem neuen slowakischen Ersten Sekretär, der auch unter Novotný ein entschiedener Anwalt der slowakischen Rechte gewesen war, angeführt.

Es ist eine Folge der verschiedenen Einstellung zur Frage der Gleichheit der beiden Nationen, wenn die Haltung gegenüber einer Demokratisierung in den beiden Teilen des Landes ebenfalls jeweils eine andere war. Als die Slowaken sich der Frage der Föderalisierung zuwandten, wurden sie oft beschuldigt, weniger demokratisch zu sein und sich für die Demokratisierung nicht zu interessieren. Diese Anschuldigung ist insoweit nicht ganz unbegründet, als einige Mitglieder der slowakischen Parteiführung Warnungen herausgaben und ihre Zurückhaltung gegenüber dem ganzen Prozeß bekundeten. Wie Michel Tatu in *Le Monde* Anfang Mai 1968 berichtete, waren Bilak und Chňoupek unter diesen Slowaken, die auch gegen die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages gewesen sein sollen. Tatu deutete auch an, daß es nur wenige Personalveränderungen in der KPS gegeben habe, und es wurden einige Leute zitiert, die gesagt haben sollten, daß die Slowaken in der Tat immer gegen Novotný gewesen und daß dies hinreichend beweise, daß sie demokratisch seien<sup>55</sup>.

Aber die Situation war nicht ganz so einfach. Denn es ist tatsächlich wahr, daß die Föderalisierung viel mehr für die Slowaken bedeutete als für die Tschechen, die dazu neigten, sie als eine Art von Provinzialismus zu sehen. Einige Jahre zuvor hatte der Tscheche Dušan Havlíček geschrieben: „Die Lage der tschechischen Nation zwingt sie nicht so sehr dazu, sich mit nationaler Politik zu plagen. Wir haben eine unbewußte und apriorische Neigung dazu, diese Probleme nicht zu untersuchen oder vielleicht sogar, sie zur Seite zu legen, weil es in diesem Staat eine tschechische Frage nicht gibt<sup>56</sup>.“ Dies erklärt teilweise die Voreingenommenheit der Tschechen für Demokratisierung und wirtschaftliche Reformen und eine gewisse Feindseligkeit gegenüber slowakischen Forderungen<sup>57</sup>.

Es ist also nicht überraschend, wenn die Slowaken einen Vorschlag, eine Föderation von drei statt von zwei Republiken zu schaffen — Mähren-Schlesien sollte in diesen Rang erhoben werden — nicht schätzten; er wurde als ein Weg zur Vernichtung der slowakischen Forderung nach Gleichheit gesehen<sup>58</sup>.

<sup>53</sup> Husák: Svedectvo o slovenskom národnom povstaní 462.

<sup>54</sup> In den Augen von Zrok war Novotný ein Konservativer und ein Chauvinist.

<sup>55</sup> *Le Monde*, 6. 5. 1968.

<sup>56</sup> *Kulturní tvorba*, 10. 3. 1966.

<sup>57</sup> Lipták, L'ubomír: Slovensko v 20. storočí [Die Slowakei im 20. Jahrhundert]. Preßburg 1968, S. 345.

<sup>58</sup> *Rudé právo*, 19. 4. 1968 und *Index*, August 1968. Siehe auch Plevz a 275—296.

Slowakische Intellektuelle und Politiker waren sich freilich durchaus der Tatsache bewußt, daß die Slowaken wegen ihres Beharrrens auf einer Föderalisierung des Staates als hinter dem Demokratisierungsprozeß einherhinkend betrachtet wurden. Mit fortschreitendem Frühjahr begannen einige Intellektuelle die Notwendigkeit der Demokratisierung zu betonen — so stark, daß es zu einer Krise kam. Als die Zeitschrift *Kultúrny život* in ihrem Demokratisierungsbestreben soweit ging, sogar anti-kommunistischen Auffassungen Raum zu geben, kündigten drei slowakische Kommunisten, Laco Novomeský, Miroslav Válek und Vojtech Mihálik ihre Mitarbeit an dieser Zeitschrift auf<sup>59</sup> und wurden statt dessen Mitarbeiter der Zeitschrift *Predvoj*, deren Name dann später im Jahre 1968 in *Nové slovo* geändert wurde<sup>60</sup>. Dies war der Name der Wochenzeitung, die Husák 1944 gegründet hatte. 1948 war sie von der Regierung verboten worden. Hierin wurde nun das Problem der Föderalisierung nach allen Richtungen hin erörtert. Trotzdem blieb die Frage bestehen, ob Demokratisierung und Föderalisierung sich gegenseitig ausschlossen und ob die Slowaken hinter dem Demokratisierungsprozeß einherhinkten. Die Antwort darauf wurde von G. Husák gegeben, der nunmehr führenden politischen Figur in der Slowakei: „Ich glaube, daß die Slowakei in staatspolitischer Hinsicht im Demokratisierungsprozeß nicht hinterherhinkt und daß keine Diskrepanz besteht zwischen Demokratie und dem Kampf für eine Föderalisierung des Staates. Schließlich bedeutet eine Föderation nicht mehr, als daß man demokratische Prinzipien anwendet, die nicht ohne die allgemeinen Bedingungen für die Demokratisierung der gesamten Gesellschaft durchgesetzt werden können<sup>61</sup>.“

Viele slowakische Intellektuelle legten einer Föderalisierung tatsächlich größere Bedeutung bei. Juraj Fabián nannte sie einen „kategorischen Imperativ“<sup>62</sup> und in einer Rede vor dem ZK der KPS rief Vojtech Mihálik nach einer Konföderation von zwei sozialistischen Republiken<sup>63</sup>. Für Anton Rašla war die Vorrangigkeit der Föderalisierung direkt mit dem Demokratisierungsprozeß verbunden: „Die slowakischen nationalen Organe müssen den demokratischen Prozeß in der Slowakei so durchführen, daß niemand zukünftig sagen kann, er sei uns aufgezwungen oder als ein Geschenk mitgebracht worden. Die Föderation ist der erste Schritt . . . von dem aus wir zu weiterer Demokratisierung voranschreiten können<sup>64</sup>.“ Indem er ähnliche Gedanken wiederholte, ging Ján Uher sogar noch weiter: „Es wird viel von unserer tschechischen Nation und unseren tschechischen Genossen abhängen<sup>65</sup>.“ Milan Holub, der in *Predvoj* schrieb, fühlte, daß dies ganz klar sei, denn andernfalls würden die Tschechen einfach zurückkehren zu einer Art von chauvinistischer Haltung gegenüber den Slowaken. Die beste Art und Weise für die Tschechen, ihre Zustimmung zu einer Föderation auszudrücken sei es, gleichwertige tschechische Organe zu schaffen und nicht zu behaupten

<sup>59</sup> *Kultúrny život*, 3. 5. 1968.

<sup>60</sup> *P l e v z a* 296—301.

<sup>61</sup> *Pravda*, 23. 4. 1968.

<sup>62</sup> *Kultúrny život* 15, 12. 4. 1968.

<sup>63</sup> *Kultúrny život* 16, 19. 4. 1968.

<sup>64</sup> *Kultúrny život* 15, 12. 4. 1968.

ten, daß die Zentralorgane ausreichten<sup>66</sup>. Schließlich führte Marián Sklenka diesen Gedanken zu seinem logischen Ende, wenn er schrieb, daß die Slowaken ein Recht auf Unabhängigkeit hätten: deshalb also entweder eine Föderation oder Unabhängigkeit für die Slowaken<sup>67</sup>.

Diese Diskussion dauerte an über einen großen Teil des Sommers, wurde aber hauptsächlich unter slowakischen Intellektuellen geführt, da sie sich in dieser Frage nicht einig waren. Die Idee — oder auch die Drohung — der Unabhängigkeit war für einige schon ein bißchen zuviel: „Es ist angenehmer, man hat seinen eigenen Staat. Aber die Vernunft sagt uns, daß unter den gegebenen Umständen es für Tschechen und Slowaken keine bessere Möglichkeit gibt, die Unabhängigkeit beider Nationen zu gewährleisten, als einen gemeinsamen föderativen Staat<sup>68</sup>.“ Was die KPS anbelangt, so war ihre Lösung der Bundesstaat, schon aus politischen Erwägungen heraus. In Prag setzte Husák die konstitutionellen Bausteine zusammen, die die Ausrufung der Föderation zum 50. Jahrestag der Gründung der Tschechoslowakei möglich machen würden. Aber die anhaltende Debatte zeigte, daß diese Aufgabe nicht einfach war. Anlässlich seiner Kommentierung der Entwurfsvorschläge tschechischer und slowakischer Wirtschaftswissenschaftler sagte Husák im Juli: „Es muß tschechische nationale Organe und slowakische nationale Organe geben, aber wer soll führen und wie sollen in den Zentralorganen Entscheidungen getroffen werden<sup>69</sup>?“

Obwohl das Beharren der Slowaken auf einer Föderation tiefe nationalistische Wurzeln hatte, war es weder anti-tschechisch noch anti-demokratisch. Die meisten slowakischen Kommunisten sahen eine Föderalisierung als die beste Lösung der tschechisch-slowakischen Beziehungen an, während sie zur gleichen Zeit die beiden Nationen befähigen würde, miteinander für eine Demokratisierung des Systems zu arbeiten.

Für die Slowaken war die Föderalisierung nicht nur eine formelle Änderung, wie ein westlicher Beobachter vermutet hat<sup>70</sup>, sondern ein Vorgang, der tiefgreifende Veränderungen im System gestatten würde. Wie Július Strinka schrieb: „Föderalisierung und Demokratisierung sind zwei Seiten des gleichen Prozesses<sup>71</sup>.“ Was diese Entwicklung jedoch aufhalten konnte, war die Kaderstruktur der KPS. Husák legte seinen Finger auf dieses Problem, als er im Juli erklärte:

„Wir haben hier eine recht außergewöhnliche Situation. Als ich 1951 das politische Leben verließ — oder besser: hinausgeworfen wurde — hielten gewisse Personen gewisse Stellungen in Partei- und gesellschaftlichen Organisationen. Als ich 1960 zurückkam, waren sie immer noch da. 1963 gab es ein Wiedererwachen — sie waren da. Im Jahre 1968 waren sie noch nicht gegangen — und heute sind

<sup>65</sup> E b e n d a.

<sup>66</sup> Predvoj 16, 18. 4. 1968.

<sup>67</sup> Roľnícké noviny, 20. 4. 1968.

<sup>68</sup> Predvoj 18, 2. 5. 1968.

<sup>69</sup> Pravda, 6. 7. 1968.

<sup>70</sup> K u s i n, Vladimír: Political Groupings in the Czechoslovak Reform Movement. London 1972, S. 148—149.

<sup>71</sup> Kultúrny život 14, 5. 4. 1968.

sie auch noch da. Wir haben in der Tat außergewöhnliche Leute, die in gewissen Partei- und gesellschaftlichen Stellungen alle Wandlungen mitmachen und die äußerst treu zu Gottwald, Novotný, Široký, Bacílek, Dubček sind und die äußerst treu zu Gott weiß wem sonst sein werden<sup>72</sup>.“

1969 sollte er es sein!

Die divergierenden Auffassungen der beiden Nationen haben sowohl historische als auch psychologische Wurzeln. Wäre es anders gewesen, so wäre nichts von der Liberalisierung des Jahres 1968 übriggeblieben — bis Husák die Föderation zu einer rein nominellen Angelegenheit machte. Die Slowaken wenigstens konnten sagen, daß sie diejenigen gewesen waren, die etwas von 1968 behalten hatten.

### *Schluß*

Die Reformen, die 1968 eingeführt worden waren, stellten Möglichkeiten für einen essentiellen Wechsel in dem politischen System der Tschechoslowakei dar. Wenn diese Reformen die Gelegenheit gehabt hätten sich zu entwickeln, wäre das stalinistische System, das bis dahin existiert hatte, bis zur Unkenntlichkeit verändert worden. Es gab einen Wechsel, aber es gab auch Kontinuität. Keine dieser Veränderungen kam wirklich unvermittelt; sie alle waren das Ergebnis einer Evolution, die selber eine Antwort auf die tiefgreifenden Mutationen in den osteuropäischen Gesellschaften war. Das war in der Tat die Zwickmühle: wie sollte man auf die Notwendigkeit eines Wechsels reagieren, ohne doch zur gleichen Zeit das System essentiell zu verändern? Der Versuch in der Tschechoslowakei zeigt, daß dies nicht möglich war: das politische System mußte sich mitverändern, wie ein amerikanischer Beobachter es treffend ausgedrückt hat:

„Parteielite in Osteuropa sind nicht nur verpflichtet, auf die wachsende wirtschaftliche Verflechtung ihres eigenen Systems politisch zu antworten, sondern sie wissen auch, daß sie dies tun müssen, da sie die grundlegende Mission haben, Modernisierer und Sozialisierer für die Zukunft zu sein. Unglücklicherweise sind die osteuropäischen Eliten nicht Herr in ihrem eigenen Haus. Die strukturellen inneren Wechsel haben außenpolitische Folgerungen. Die hier hinzutretende Variable ist die Wahrnehmung und Auswertung der Wechsel durch die sowjetische Elite, insbesondere im Hinblick auf deren Wirkung auf ihr Eigeninteresse. Die sowjetische Intervention illustriert diese Kernfrage<sup>73</sup>.“

<sup>72</sup> Pravda, 6. 7. 1968.

<sup>73</sup> Triska 166.